



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/143 - 23.6.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zu den Telegrammen des Kanzlers	S. 1
Peking - Moskau	S. 3
Kulturelle Separation der Saar ?	S. 5

Im Auftrag des Bundestages

(sp) Endlich ist der Kanzler auf die Linie, wenn auch zögernd eingeschwenkt, die ihm von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes schon seit langem, seit dem Beginn der unglückseligen Spaltung Deutschlands, vorgezeichnet war. Es ist heute noch zu verfrüht, Betrachtungen darüber anzustellen, was geschehen wäre, wenn der Bundeskanzler und das Bundeskabinett Beschlüsse des Bundestages in Schicksalsfragen unseres Volkes ebenso rasch und mit dem nötigen Nachdruck an die westlichen Besatzungsmächte übermittelt hätten, wie es jetzt geschah. Die telegraphische Aufforderung Dr. Adenauers an die Regierungen von Amerika, England und Frankreich, dem ganzen deutschen Volk Einheit und Freiheit zurückzugeben, hätte nicht erst der blutigen Ereignisse in Ostberlin und der Sowjetzone als mahnend-tragischen Hintergrund bedurft; sie stand als unmittelbare Aufgabe vor jeder auf die Wiedergewinnung von Einheit in Freiheit gerichteten deutschen Politik.

In der Vergangenheit sind hier grobe Unterlassungssünden begangen worden. Erinnert sei nur an den fast gleichlautenden Beschluß des deutschen Bundestages vom 10. Juli vorigen Jahres, dem der Bundeskanzler durch die Art, wie er ihn den Besatzungsmächten zur Kenntnis brachte, mehr den Charakter eines platonischen Bekenntnisses denn als Ausdruck der tiefsten und lebendigsten Empfindungen im deutschen Volk verlieh. Der Eifer und die zähe Beharrlichkeit, die Dr. Adenauer in der Verfolgung seiner

nun in den Grundlagen erschütterten Politik des Aufgehens eines Teiles Deutschlands in ein Kleineuropa zutage legte, mußte im Volk und im Ausland den verhängnisvollen Eindruck hervorrufen, daß es dieser Bundesregierung mit der Wiedererringung der deutschen Einheit in Freiheit gar nicht so dringlich sei.

Wie starr und unbeweglich, wie verschlossen und unzugänglich zeigte sich doch der Kanzler gegenüber allen Entwicklungen, sofern sie nicht in das vorgefaßte Schema seiner von der Spannung zwischen Ost und West sich nährenden Politik paßten. Noch lange nach Stalins Tod tat der Kanzler so, als ob sich nicht das geringste geändert hätte. Er hielt am EVG-Vertrag fest, wo aller Welt klar wurde, daß seine Voraussetzungen dahinschwanden und noch in dieser Stunde will er Bausteine an jenes fragwürdige Gebäude, genannt Europäische Politische Gemeinschaft, setzen, während die Schaffung eines wirklichen Friedenszustandes auf der Tagesordnung der europäischen und Weltpolitik steht.

Niemand kann über den eigenen Schatten springen. Die Ereignisse der letzten Monate und Wochen offenbarten die ganze Fragwürdigkeit einer Konzeption, die von der Annahme ausging, die erstarrten Fronten des Kalten Krieges würden unter keinen Umständen aufzuweichen sein. Diese Annahme war falsch. Stalins Tod und der neue Kurs im Kreaml brachten diese erstarrten Fronten in Bewegung. Noch kann man nicht sagen, wie sie enden, welche Folgen und Ergebnisse sie haben wird, aber sicher ist es, daß wohl zu keiner Zeit seit dem Ende des zweiten Weltkrieges die Chancen für einen Versuch, die deutsche Einheit in Freiheit durch eine Verständigung der Besatzungsmächte zu erreichen, so günstig lagen, wie heute.

Viele hätten es gerne gesehen, wenn die Telegramme des Bundeskanzlers auch die dringende Aufforderung an die Westalliierten enthalten hätten, mit den neuen Männern des Kreaml ohne langen Verzug in ein Vierergespräch über die Wiedererrichtung der deutschen Einheit zu kommen. Das ist leider unterblieben. Es gibt jedoch keinen anderen Weg, dem deutschen Volk Frieden und Freiheit zurückzugeben, als den über eine Verständigung mit der Sowjetunion. So mischt sich in die Genugtuung über die außenpolitische Initiative des Kanzlers ein Rest des Zweifels. Schon die nächsten Tage und Wochen werden zeigen, ob der Kanzler wirklich jene Umkehr von seiner bisherigen Haltung vollzog, wie es rein äußerlich den Anschein hat.

Chinas "Rokossowski" verschwand

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

Alle Kenner der fernöstlichen Entwicklung waren sich seit der Errichtung des Mao tse-Tung-Regimes darin einig, daß die sogenannte Chinesische Volksrepublik kein Moskauer Satellit im herkömmlichen Sinne sei. Schon die gewaltige Größe des chinesischen Raumes, die eigenwillige Persönlichkeit seines neuen Beherrschers und viele andere re Umstände sprachen dagegen. Äußerlich wurde das bei den monatelangen Verhandlungen Anfang 1952 über die russisch-chinesischen Freundschaftsverträge und ihre Ergebnisse sichtbar, die erkennen ließen, wie hart auf gleicher Ebene hier die Vertreter beider Mächte miteinander gerungen hatten.

Die Selbständigkeit Mao tse-Tungs hätte vermutlich noch viel stärker in Erscheinung treten können, wenn nicht die amerikanische Politik es zeitweise geradezu darauf angelegt zu haben schien, Moskau und Peking in die denkbar engste Allianz hineinzumanzwängen. Der Tod Stalins hat das Mao tse-Tung-Regime gegenüber Moskau neu gestärkt. Dafür gab es in letzter Zeit ein besonders deutliches Zeichen, das in der westlichen Welt fast vollkommen übersehen worden ist.

Vor kurzem hat in Peking der VII. Allchinesische Gewerkschaftskongreß stattgefunden. Das größte Ereignis während dieses Kongresses war die Abwesenheit Li-Li-Sans, des Vorsitzenden der Allchinesischen Föderation der Gewerkschaften und Arbeitsministers der kommunistischen Regierung Mao. Da Li-Li-San während allen früheren Gewerkschaftskongressen in China die zentrale Rolle spielte, bedeutet seine Abwesenheit, daß er seines Postens enthoben worden ist und daß sein Stern nach Stalins Tod untergegangen ist. Seine Stelle wurde durch Laj Dscho-Ju besetzt, einen fast unbekanntem Mann, ohne daß es irgendwelche Kommentare gab.

Li-Li-San war der chinesische "Rokossowski". Er war Führer der stalinistischen Linie in der chinesischen KP. Zwischen 1939 und 1945 lebte Li-Li-San in Moskau, erst, als die Rote Armee die Mandschurei besetzte, tauchte er in China plötzlich auf. Er wurde Mitglied des

Politbüros der chinesischen KP und später bekleidete er den Posten des Vorsitzenden der Gewerkschaften und des Arbeitsministers. Auf diese Weise war er der wahre "Führer" der organisatorisch schwachen chinesischen Arbeiterklasse. Diese Position verankerte er in der einschlägigen Gesetzgebung, deren Autor er selbst war. Das sogenannte "Gewerkschaftsgesetz der chinesischen Volksrepublik vom 28.6.1950" liquidierte jegliche Selbständigkeit der chinesischen Gewerkschaften und stellte sie unter die Kontrolle des Arbeitsministeriums. Seit dieser Zeit sind die chinesischen Gewerkschaften eine staatliche Angelegenheit. Diese seine starke Stellung nutzte Li-Li-San für eine Politik auf lange Sicht aus, die zum Ziel hatte, einen Keil zwischen die chinesische Arbeiterschaft und den chinesischen Staat zu treiben, und so einen ständigen Unruheherd mit schwächender Wirkung für das ganze riesige Reich zu schaffen, der wieder die Position des Kreml in Peking stärken mußte. So legte Moskau mit Hilfe Li-Li-Sans seinen Finger auf den neuralgischsten Punkt der chinesischen Volksrepublik. Schon aus diesen Gründen wurde seine Person bei den chinesischen Kommunisten als die personifizierte, permanente russische Einmischung betrachtet.

Das Verschwinden Li-Li-Sans in China gehört also zu jenen zahlreichen wichtigen Ereignissen, die sich im sowjetischen Block nach dem Tode Stalins abspielten. Es bedeutet, daß eine wichtige Bindung zwischen Moskau und Peking zerrissen ist, eine Bindung, durch welche Stalin die chinesische Entwicklung unter seiner Kontrolle halten wollte.

+ + +

SAMA statt GEMA

F.B. Unter den vier Buchstaben GEMA kann sich auch eine Dorfmusikkapelle etwas vorstellen, denn sie weiss, dass sie an diese Gesellschaft für musikalische Aufführungsrechte ihren Obolus zu entrichten hat, wenn sie im Dorfkrug zum Tanze aufspielt. SAMA ist eine ganz neue Erfindung, denn es handelt sich um die saarländische Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte, der in diesen Tagen die Hoffmann-Regierung des Saarlandes die Rechtsfähigkeit verliehen hat. Der Vertrag mit der deutschen GEMA, der ohnehin nur provisorisch abgeschlossen worden war, wurde nicht verlängert, so dass die GEMA die Inkassoberechtigung für das Saarland mit Wirkung vom 30. Juni 1953 verliert.

Gewiss, ein unbedeutender Vorgang, in einer Zeit voller turbulenter Ereignisse. Und doch ein Vorgang, der schlagartig die Situation im Saargebiet beleuchtet. Nachdem man trotz aller "europäischer Geisterbeschwörung" jetzt erneut Saarkonventionen verabschiedet hat, die die Separation von Deutschland beinhalten, geht die Regierung Hoffmann mit aller Macht daran, auch die letzten Bindungen zur Bundesrepublik zu zerreißen. Da diese auf kulturpolitischem Gebiet noch vielfältig bestehen, setzt man hier zuerst an. Von diesen Massnahmen werden nicht nur die GEMA, sondern auch Theatervereine, Orchester, Laienspielgruppen und Ähnliches betroffen. Wenn dieser Komplex liquidiert ist, dann wird der Sport an die Reihe kommen, und informierte Beobachter wissen schon jetzt zu berichten, dass der Name des 1. FC Saarbrücken in der kommenden Session nicht mehr in der deutschen Oberliga Südwest auftauchen wird.

Man soll diese Dinge nicht auf die leichte Schulter nehmen, denn oft sind diese Bindungen stärker als politische Dekrete. Man muss sie deshalb als das werten, was sie sind, gefährliche Versuche auch zur geistigen Separierung des Saarlandes.

Auch in diesem Zusammenhang wird die noch in diesem Bundestage fällige Saardebatte Bedeutung erlangen, und auch die Hauptversammlung der GEMA, die in den letzten Junitagen in Hannover zusammentritt, sollte sich damit beschäftigen. Die Hauptfrage aber ist, wie schon seit vier Jahren, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun? Voraussichtlich wie seit vier Jahren - nichts.